

Inhaltlicher Antrag 1 – Leitantrag des Vorstands

für die Landesdelegiertenversammlung des BUND Sachsen e.V.
am 25. Mai 2024 in Dresden
um 10:00 Uhr bzw. 10:15 Uhr

5

eingereicht von: LANDESVORSTAND

ANTRAG:

Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:

10 Europawahl: Rückenwind statt Vollbremsung für Klima-, Natur- und Umweltschutz

Der BUND ist der zentrale Nachhaltigkeitsverband unter den Umwelt- und Naturschutzverbänden. Er sieht sich zugleich als einen wichtigen Träger des demokratischen Gedankens, der sich nicht in gelegentlichen Wahlen erschöpft, sondern aktive Partizipation an Planungsverfahren, Demonstrationen, Diskussionen, Mediendebatten und den persönlichen Austausch auf diversen Ebenen zwingend erfordert. Dabei ist der BUND Teil des welt- und europaweit stärksten Umweltverbandsnetzwerkes Friends of the Earth, weil er erkannt hat, dass wirksamer Umweltschutz einen starken transnationalen Rahmen voraussetzt:

So wichtig individuelles, unternehmerisches, kommunal-, landes- und bundespolitisches Tätigwerden auch ist, so unentbehrlich sind europaweit (oder noch darüber hinaus reichende) starke Umweltstandards. Fehlt eine starke EU, die allerorten geltende Umweltschutzregeln etabliert, kann nationale Umweltpolitik gerade bei transnationalen Problemen wie dem Klima- oder Biodiversitätsschutz ausgehebelt werden, indem Unternehmen ihre Produktion schlicht in Länder mit niedrigeren Standards verlagern. Zweifellos hat die EU eine umfassend ökologischen Anforderungen genügende Politik bislang nicht realisiert; doch hat sie wichtige Schritte in die richtige Richtung unternommen und bietet durch die Existenz ihrer etablierten Strukturen die Möglichkeit, weitere Schritte zu gehen. Bisher schädigt das Konsumverhalten hierzulande die Natur massiv auch außerhalb unserer Landesgrenzen. Das erfordert ein gemeinsames Vorgehen jenseits des einzelnen Nationalstaates und Bundeslandes.

Mit großer Sorge sieht der BUND Sachsen deshalb vor den Europawahlen das drohende Aufkommen von populistischen, insbesondere rechtsextremen, Parteien. Diese stellen oft unverhohlen die Demokratie in Frage, plädieren für einen Rückbau der EU und wollen zurück zu ökologisch wie auch friedenspolitisch fatalen Konzepten wie neuerlichen fossilen Energieimporten aus Russland. Die Demokratie, das Bestehen der EU und die Möglichkeit eines wirksamen Umweltschutzes wären existenziell gefährdet, falls diese Parteien nach den Europawahlen die Europapolitik maßgeblich mitbestimmen würden. All dies gefährdet massiv eine wirksame Umweltschutzarbeit, wie sie der BUND überparteilich vorantreibt und einfordert. Auch wirtschaftlich wären Renationalisierung und ein Festhalten an den fossilen Brennstoffen fatal, weil damit die Modernisierung der Wirtschaft verschlafen und massive gesellschaftliche Folgekosten erzeugt würden. Der BUND tritt daher mit maximalem Nachdruck für eine klare proeuropäische Ausrichtung ein, fordert nachdrücklich auf, wählen zu gehen und proeuropäischen Kandidat*innen die Stimme zu geben, und richtet an die künftige Politik in Europa folgende Forderungen:

1. Zu einem wirksamen Umweltschutz gehört ein klares Bekenntnis zu Europa. Nötig sind eine weitere Stärkung des europäischen Umweltrechts und dessen konsequente Umsetzung in Sachsen, nicht etwa eine Rückbesinnung auf die nationale Perspektive. Auch von Sachsen aus muss die Forderung lauten: mehr und stärkere EU-(Umwelt-)Politik, nicht weniger. Denn ausreichend ist das erreichte Niveau bei Klima-, Natur-, Gewässer-, Ressourcen- oder Bodenschutz bei weitem noch nicht. Alle politischen Akteure müssen gegenläufigen nationalistischen Tendenzen entschlossen und hörbar entgegenreten.
2. Das künftige Europaparlament muss den European Green Deal entschlossener vorantreiben und ihn nicht etwa aufweichen. Die EU hat sich zur Einhaltung der Temperaturgrenze von

maximal 1,5 Grad globaler Erwärmung aus dem Pariser Klima-Abkommen verpflichtet. Diese erfordert einen vollständigen Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen bei Strom, Wärme, Treibstoff und stofflichen Nutzungen wie Dünger in wenigen Jahren. Null fossile Brennstoffe in allen Sektoren und eine komplett umgebaute Tierhaltung verlangen primär europäisches Handeln – ökologisch zur Vermeidung bloßer Problemverlagerungen in andere Länder und Sektoren, rechtlich von den Zuständigkeiten her und aus Gründen der Wettbewerbsfähigkeit. Insbesondere muss der EU-Emissionshandel noch ambitionierter gestaltet werden mit dem Ziel von Nullemissionen (Cap null) bis spätestens 2035, was auch eine Integration der Nutztierhaltung in das System sowie eine Streichung von Altzertifikaten erfordert.

55

60

3. Auf europäischer (und völkerrechtlicher) Ebene ist wiederholt ein Stopp des Verlusts an Biodiversität sowie ein Stopp der schleichenden Verschlechterung der Ökosysteme beschlossen worden. Der Stopp des Artensterbens und die Wiederherstellung von Ökosystemen erfordern auch auf EU-Ebene ein umfassendes, rechtsverbindliches Schutzkonzept, eine konsequente Neuausrichtung der Agrarsubventionen, eine drastisch reduzierte Tierhaltung durch deren Integration in den Emissionshandel und einen weitgehenden Ausstieg aus dem Pestizideinsatz.

65

4. Wir fordern die konsequente Einhaltung der EU-Wasserrahmenrichtlinie, deren Ziele wie ein guter Zustand der Gewässer auch in Sachsen bislang in weiten Teilen verfehlt wurden und werden.

70

5. Wir fordern von allen anderen politischen Akteuren, gerade auch in Sachsen die Migrationsdebatte nicht in einer Weise zu führen, die verdeckt, dass Menschen in den Industriestaaten mit ihrem Hunger nach fossilen Brennstoffen einschließlich der daran geknüpften Unterstützung diverser Diktaturen im Nahen Osten seit Jahrzehnten den Nährboden für Kriege, Bürgerkriege und Terrorismus wesentlich mit beeinflusst haben – und dies heute noch tun, indem wir auf Umwegen, etwa über indisches Flüssiggas, weiterhin Fossile aus Russland importieren. Radikale und zeitnahe Postfossilität erleichtert friedliche Konfliktlösungen in vielen Teilen der Welt. Und es werden so auch Migrationsbewegungen ganz neuen Ausmaßes vermieden, wie sie der Klimawandel auslösen könnte.

75

80 Der BUND Sachsen wird diese Forderungen tatkräftig haupt- und ehrenamtlich unterstützen. Dazu nutzt er insbesondere auch die Aktivierung seiner ehrenamtlichen Mitglieder für Aktionen und bei Projekten, seine politische Arbeit in Gremien, seine Beteiligungs- und Klagerechte in Planungsverfahren sowie eine gezielte Bildungs- und Pressearbeit.

85

Antragsteller*in: Vorstand des BUND Sachsen e.V.
Eingereicht: 26. April 2024